

# Biden-Kabinett: Nominierte Ministerin offen für neue Steuern, um für die „Klima-Agenda“ zu zahlen

geschrieben von Chris Frey | 6. Februar 2021

Eine Kandidatin für das Kabinett der Regierung Biden ist offen für neue Steuern, um die „Klima-Agenda“ zu bezahlen. Sie hat bereits Energie-Unternehmen verklagt, um von denen einen „nachhaltigen Finanzierungs-Strom“ zu erhalten, weil die Legislative das abgelehnt hat.\*

[\*Es ist nicht eindeutig, was der Autor hiermit ausdrücken will. Obiges ist die Interpretation des Übersetzers. Im Original lautet die Passage: *Biden Cabinet Nominee Open to New Taxes to Pay for “Climate Agenda” – as Gov., Sued Energy Cos. to Obtain “Sustainable Funding Stream” Because Legislature Refused*]

WEBEDITOR GAO

# Commerce Secretary Nominee Open to Raising Taxes to Fund Climate Change Agenda



GOV. GINA RAIMONDO, D-RHODE ISLAND, COMMERCE SECRETARY NOMINEE C-SPAN  
By Eric Mack | Tuesday, 26 January 2021 08:23 PM  
Share Like Comment Contact Print

Commerce Secretary-nominee Gina Raimondo is open to raising taxes on the middle class, saying we "need funds" for President Joe Biden's climate agenda.

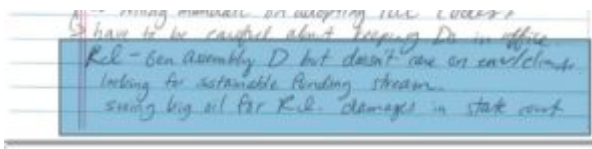
„Commerce Secretary“ entspricht in etwa unserem Wirtschaftsminister.

Die Leser von GAO [= Government Accountability & Oversight] und *ClimateLitigationWatch* sind mit den Bemühungen des Staates Rhode Island vertraut, Energieunternehmen vor dem Staatsgerichtshof wegen der Verursachung des Klimawandels zu verklagen, in der Hoffnung, damit Kasse zu machen, nachdem die Verwaltung zu dem Schluss gekommen war, dass die „Versammlung eine sehr konservative Führung hatte – die sich nicht um die Umwelt kümmert“, so dass der Gouverneur „auf der Suche nach einem nachhaltigen Finanzierungsstrom“ war.

Da sollte niemand überrascht sein, dass die von Präsident Biden nominierte Wirtschaftsministerin, die Gouverneurin von Rhode Island Gina Raimondo, bei ihrer Anhörung zu ihrer Nominierung die Linie vorgegeben hatte, dass die Ausgaben für die ambitionierte „Klima-Agenda“ viel Geld kosten und dafür „Mittel benötigt werden“, die man irgendwie aus der Bevölkerung saugen muss.

Die nominierte Wirtschaftsministerin Gina Raimondo: „Wir brauchen Geld!“

Laut zwei gleichzeitig aufgetauchten Notizen von einem Treffen in der Rockefeller-Villa – eine handschriftlich von einem Mitarbeiter des *Rocky Mountain Institute*, eine andere von einem Vertreter von Tom Steyers *Energy Foundation* – legte Raimondos eigene Beraterin im Kabinett, die Leiterin des Umweltministeriums Janet Coit fest, dass dies bedeutete, „vor einem staatlichen Gericht“ auf die „Priorität eines nachhaltigen Finanzierungsstromes“ zu klagen.



- § NV bright blue right now not deep blue over long term – leg need support
- Janet
  - Assembly very conservative leadership – don't care about env!
  - If care, put it in the budget
  - Priority – sustainable funding stream
  - State court against oil/gas
  - Solar siting bill failed – losing forests to solar
  - Carbon pricing study out in RFP now – asked them to take closer at Transcent

Fazit: Sie haben eine Geldausgaben-Agenda. Und ihr seid die Leute, das zu bezahlen!

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2021/01/30/biden-cabinet-nominee-open-to-new-taxes-to-pay-for-climate-agenda/>

Übersetzt von Chris Frey EIKE

Anmerkung: Die Abbildungen sind auch im Original kaum leserlich.